

Foto: Frank Schwarz



Vorhersehbarer Paukenschlag

Neues Volksbegehren in Berlin wird diskutiert

Der Brandenburger Landtag hat beschlossen, das Volksbegehren zum Nachtflug zu akzeptieren und auf der Basis dessen die Verhandlungen mit den anderen Anteilseignern (Bund und Berlin) zu beginnen. Vorangegangen war eine Einigung in der rot-roten Landesregierung, wie Ministerpräsident Platzek erklärte. Ein Paukenschlag verkündeten Presse, Funk und Fernsehen. Doch dieser Paukenschlag war vorhersehbar. Ich will hier nicht tiefgründig spekulierend erforschen, wer oder was hier letztendlich den Ausschlag für diese Entscheidung gegeben hat. Der neue Stil der Akzeptanzsuche für den BER durch seinen neuen Aufsichtsratsvorsitzenden oder konsequentes Verhandeln des linken Koalitionspartners? Es ist ein Sieg der Demokratie oder auch der Vernunft. Wer Volksbegehren will, muss sie auch ernst nehmen. Wie weh das so manchem Politiker tut, kann man am besten am Aufheulen des unbelehrbaren Klaus Wowereit sehen. Verhandlungen kommen überhaupt nicht in Frage, es gibt keinen neuen Sachstand und Fehler haben wir auch nicht gemacht. Auch der stadtferne Herr Ramsauer, auch Bundesverkehrs Mi-

nister genannt, sieht keine Verhandlungsnotwendigkeit. Aus diesen Ausführungen kann man entnehmen, wie schwer das durch den Landtag übernommene Volksbegehren umzusetzen sein wird. Es bedarf flankierender Maßnahmen. So sah das auch der Berliner Landesparteitag der Linken. In einem dringlichen Antrag wurde beschlossen, den „Regierenden“ per Abgeordnetenhausinitiativen zu konstruktivem Verhandeln aufzufordern und die 160.000 Unterschriften in Berlin nicht zu vergessen. Ähnlich hatte schon vor Wochen die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick den Senat aufgefordert, angesichts der 42.000 Unterschriften zum Nachtflugverbot aus dem Bezirk. Bei der Montagsdemo am 24. Februar sagten auch weitere Bundestagsabgeordnete der Linken zu, den Druck auf Minister Ramsauer zu erhöhen. Ein weiterer Trumpf könnte ein erneutes Volksbegehren in Berlin sein. Jedenfalls wird dieses in Kreisen der Bürgerinitiativen, insbesondere in Friedrichshagen, erörtert. Ruhe wird also nicht sein – allenfalls auf der Baustelle.

■ ■ Ernst Welters

Gregor Gysi ist Spitze

Berliner LINKE stellte die Weichen für die Wahl

In der Kreuzberger Jerusalemkirche stimmte sich die Berliner LINKE auf den Bundestagswahlkampf ein. Natürlich stand die Stasi-Kampagne gegen den Bundestagsfraktionsvorsitzenden auf der Tagesordnung. Die Aufforderung der Parteivorsitzenden Katja Kipping, besonders deutlich zu machen, „dass die Partei geschlossen hinter Gregor Gysi steht“, war allerdings kaum nötig. Mit einem Votum 94 % zeigten ihm die Delegierten ihre uneingeschränkte Solidarität.

Und Gysi machte Mut: „ein zweistelliges Ergebnis ist möglich“, die LINKE „bleibt der Störenfried, den die Politik in diesem Land braucht“, denn „für Konsenssoße braucht uns kein Mensch“.

Die inhaltlichen Prioritäten spiegeln sich auch in den gefassten Beschlüssen wider: So soll das Volksbegehren des Berliner Energietisches kraftvoll unterstützt werden. 50.000 Unterschriften, d.h. mindestens ein Viertel der notwendigen rund 200.000 Unterschriften will der Landesverband sammeln. Zum Thema Nachtflugverbot heißt es: Der Senat muss dem Beispiel Brandenburgs folgen. Hier hatte der Bezirksverband Treptow-Köpenick sich engagiert eingebracht.

Unter dem Motto: „Erster Mai in Berlin – nazifrei! Kommt nach vorne – Nazis blockieren!“ Will man gemeinsam mit dem Berliner Bündnis an die Erfolge der letzten Jahre anknüpfen und mit dem Mittel des zivilen Ungehorsams Naziaufmärsche verhindern.

■ ■ Edith Karge

IN DIESER AUSGABE

Seite 2: Musikschule bleibt in Köpenick

Seite 3: Personalabbau ist unsozial

Seite 4: Valentina und Huong beraten und helfen

Seite 5: Senat will Kleingärten abreißen

Musikschule bleibt in Köpenick

Auch in Adlershof wird weiterhin unterrichtet

Einen ersten positiven Abschluss hat das Tauziehen um die Joseph-Schmidt-Musikschule in der letzten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung gefunden. Der Einwohnerantrag, einen Köpenicker Standort für die Musikschule zu erhalten, wurde einstimmig angenommen.

Begonnen hatten die Auseinandersetzungen zwischen Bezirksrath, Lehrenden, Schülerinnen und Schülern und den beteiligten Eltern mit Beginn der Kürzungsgorgie des Senats bei den Bezirkshaushalten.



Das bisher genutzte Gebäude in der Friedrichshagener Straße ist dringend sanierungsbedürftig und hat so hohe Nebenkosten, dass der Unterricht der Musikschule in Treptow-Köpenick teurer ist als im Rest der Stadt. Der Plan des zuständigen Stadtrates Rainer Hölmer (SPD) sah zunächst vor, den bisherigen Standort aufzugeben und den Musikschulunterricht dezentral auf freie Räume an Schulen zu verteilen. Die Proteste der Freunde der Musikschule, von Schülerinnen und Schülern und deren Eltern mündeten schließlich in einem Bürgerantrag sowie in einem Runden Tisch mit dem Bezirksamt. In der anfänglich hart geführten Auseinandersetzung zeichnete sich jedoch bald ein Kompromiss ab: Die Musikschule wird ihren neuen zentralen Standort in der Freiheit 15, in der Köpenicker Altstadt, erhalten. Das Gebäude, derzeit vom Jugendamt genutzt, sollte ursprünglich aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit verkauft werden, bis den Verantwortlichen ein Problem auffiel. Teile des Gebäudes waren einst vom da-

maligen Bezirksbürgermeister Klaus Ulbricht (SPD) langfristig und mietfrei einem sozialen Träger überlassen worden. Diese Verträge haben bis heute Gültigkeit, ein Verkauf des Gebäudes ist dadurch nahezu unmöglich. Während das Jugendamt derzeit den lange geplanten Umzug vorbereitet, soll nun die Musikschule das derzeit unverkäufliche Gebäude nutzen. Weiterhin soll auch am bisherigen Hauptstandort in der Adlershofer Hans-Schmidt-Straße unterrichtet werden. Zusätzlich zu diesen beiden Gebäuden sollen auch weitere dezentrale Standorte etwa im Rathaus Johannisthal geprüft werden. DIE LINKE sah dies skeptisch und wollte auch wegen der Proteste über die Verkleinerung der Adlershofer Filiale eine Konzentration auf die verkehrsgünstig gelegenen Standorte in der Altstadt und am S-Bahnhof Adlershof, zumal sie durch eine weitere Aufsplitterung auch höhere Kosten befürchtet. Ein entsprechender Änderungsantrag fand in der BVV jedoch keine Mehrheit.

■ ■ jr

Aus der BVV-Sitzung

Beschlossen:

VII/0208 Köpenicker Standort für Musikschule erhalten (Bürgerantrag)

VII/0331 Schulhortbetreuung für Kinder von erwerbslosen Eltern (DIE LINKE)

VII/0355 Bürgerbeteiligung stärken (SPD, Beitritt: DIE LINKE)

VII/0362 Ampel auf der Wassersportallee (DIE LINKE)

VII/0383 Piktogramme in Publikationen des Bezirksamts zur Barriersituation (DIE LINKE)

VII/0386 Gedenkstätte für italienische Zwangsarbeiter in Niederschöneweide (SPD, B90/Grüne, Beitritt: DIE LINKE)

VII/0393 Mietpreise begrenzen (Ausschussantrag)

VII/0394 Weiterbetrieb der Rahnsdorfer Ruderfähre sicherstellen (Ausschussantrag)

In die Ausschüsse überwiesen:

VII/0379 Allende Denkmal restaurieren und beschriften (DIE LINKE)

VII/0387 Passieren des Landschaftsparks Rudow-Altglienicke mit Ponys (DIE LINKE)

VII/0389 Bessere Informationen in den Bürgerämtern über Schutz der Meldedaten (Piraten, Beitritt: DIE LINKE)

► Schuldnerberatung

Fast 8.000 Personen haben im vergangenen Jahr die beiden Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen im Bezirk aufgesucht, heißt es aus dem Bezirksamt. Wie es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage des Verordneten Rick Nagelschmidt (SPD) weiter heißt, waren bei offensiv '91 in der Hasselwerderstraße 568 Personen in laufender Betreuung und 598 Personen bei Julateg Finsolv Treptow-Köpenick in der Salvador-Allende-Straße. In beiden Anlaufstellen stehen für betroffene Bürger je vier Beraterinnen und eine Verwaltungskraft zur Verfügung.

► ServiceCenter

Die Entlastung des Jobcenters durch das ServiceCenter muss zwischenzeitlich anerkannt werden, heißt es aus dem Bezirksamt. Diese preiswerte Serviceleistung solle zukünftig für die Berliner Jobcenter einheitlich für drei Jahre eingekauft werden. Das ursprüngliche Anliegen des BVV-Beschlusses habe sich durch die erzielten Ergebnisse überholt. Die Verordneten hatten 2009 gefordert, das ServiceCenter abzuschaffen und wieder eine telefonische Erreichbarkeit des Jobcenters im Bezirk zu ermöglichen.

► Volkshochschule

Nach Abgabe des Gebäudes in der Plönzeile 7 hat die Volkshochschule ihre Kursangebote im Ortsteil Oberschöneweide dezentralisiert und erweitert. Es werden in Absprache mit KES noch Kurse am alten Standort sowie in anderen Seniorenfreizeitanlagen und in Einrichtungen für Behinderte angeboten. Wie es weiter im Schlussbericht des Bezirksamts zu dieser Problematik heißt, werden auch Räume der Musikschule und der Bibliotheken in Köpenick und Friedrichshagen genutzt.

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
 Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick
 Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Bernhard Brügger, Karin Franzke, Edith Karge, Helga Pett.
 Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
 Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
 Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!
 Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
 Druck: Druckerei Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin
 Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Februar 2013
 Redaktionsschluss für „blättchen 190“: 26.3.2013
 Ausgabebetrag blättchen 189: Do, 4. April 2013
 Das »blättchen« wird aus Spenden finanziert.

Personalabbau ist unsozial

Senat muss bürgerunfreundliche Kürzungspläne streichen

Umfangreiche Kürzungen beim Personal, verlangt der rot-schwarze Senat von den Bezirken. Allein Treptow-Köpenick soll in den kommenden Jahren über 300 Stellen einsparen, dabei sind die Ämter schon jetzt mit der aktuellen Personalsituation überfordert. Zahlreiche Überlastungsanzeigen belegen dies.

Die Beantwortung einer Kleinen Anfrage liefert deutliche Hinweise für die Arbeitsüberlastung in der Bezirksverwaltung. In seiner Antwort beschreibt Bezirksbürgermeister Igel die Situation:

Rund 35 Überlastungsanzeigen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bezirklichen Verwaltung sind im Jahre 2012 eingereicht worden. Zusätzlich wurde von Fachbereichsleitern mehrfach auf die immense Arbeitsüberlastung in Bereichen mit unbesetzten Stellen hingewiesen.

Außerdem hat sich ein Stau von Überstunden gebildet, der stetig anwächst. 1.523 Überstunden waren es per 31.12.2012. Dazu kommen 7.186 Stunden nicht abgeglichener Zeitguthaben aus dem Arbeitszeitkonto. Als Gründe werden angeführt: ständige Personalkürzung, Arbeitsverdichtung durch Übertragung neuer Aufgaben sowie ein daraus resultierender hoher Krankenstand. Stellen von ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern können nicht wieder besetzt

werden, da es bisher noch zu keiner Einigung mit dem Senat über den geforderten Personalabbau gekommen ist.

Wie schon im blättchen berichtet, steht das Bezirksamt mit seinem Widerstand gegen die auferlegten Personalkürzungen allein auf weiter Flur. Nicht mal die Abgeordneten von SPD und CDU konnten sich im Interesse des Bezirkes durchringen und einem Antrag der LINKEN zustimmen, der solch radikalen Personalabbau verhindern wollte. Im Gegenteil, Frau Vogel (CDU) begrüßt in einer Ortsteilzeitung, dass der Bezirk nun endlich auch Personal einsparen soll, weil es die Koalition so beschlossen hat. Als leuchtendes Beispiel nennt sie Neukölln. Und das alles unter der Überschrift „nachgedacht und aufgeschrieben“. Naja.

Mittlerweile ist auch der Gesundheitsbericht 2011 mit den Gesundheitsquoten in der Berliner Verwaltung veröffentlicht. Lag Treptow-Köpenick bis 2010 noch auf Platz 1 der Rangliste, muss es sich jetzt auf dem vorletzten Platz vor Mitte einreihen. Es gibt viele Ursachen, die krank machen können. Eine davon ist ganz sicher Arbeitsüberlastung. Unter diesem Gesichtspunkt bekommt die im Gesundheitsbericht aufgeführte Maßnahme zur „Erhöhung der Arbeitsbewältigungsfähigkeit“ einen faden Beigeschmack.

Im Vorwort des Gesundheitsberichtes wird Hippokrates zitiert: „Krankheiten überfallen den Menschen nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel, sondern sind die Folgen fortgesetzter Fehler wider die Natur.“ Das Bezirksamt sieht keine Möglichkeit, die Probleme schnell in den Griff zu bekommen. Um die Personalnot beheben zu können, müsse die Senatsverwaltung für Finanzen zunächst das vom Bezirksamt beabsichtigte erneute Personalabbaukonzept akzeptieren, heißt es in der Drucksache. Der Irrsinn, zunächst Personal abzubauen, um dann die noch weiter verschlimmerte Personalnot zu beheben, erinnert an einen Schildbürgerstreich. Die Leidtragenden der Kürzungen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Bürgerinnen und Bürger.

Die Abbauforderungen müssen vom Senat zurückgenommen werden!

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick wird bald nicht mehr in der Lage sein, die dem Bezirk zugewiesenen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger sachgerecht und qualitätsorientiert zu erfüllen.

Auf der Internetseite des Ordnungsamtes kann man bereits lesen, dass aufgrund der kritischen Personalsituation bei der Straßenverkehrsbehörde bis auf weiteres mit längeren Bearbeitungszeiten bis zu sechs Wochen zu rechnen ist. Betroffene werden nicht begeistert sein und Bürgerservice bleibt ein Wunschtraum.

■ ■ Petra Reichardt
wirtschaftspolitische Sprecherin

KOMMENTAR

Liebe SPD,

klar, das räumt Ihr ja selber ein, der Wahlkampf steht vor der Tür, da werden die Glacéhandschuhe offenbar auf allen Seiten ausgezogen. Aber gute Propaganda kommt ohne Lüge aus. Weglassen ist natürlich noch nicht die Unwahrheit: Es hätte in Eurem Artikel über die letzte BVV schon Erwähnung finden können, dass auch Euer grüner Zählgemeinschaftspartner der Investitionsplanung jedenfalls mehrheitlich nicht zugestimmt hat und sich ein Verordneter offen in die „gemeinsame Ablehnungsfront aus Linken, Piraten und NPD“ eingereiht hat.

Man hätte auch schreiben können, dass DIE LINKE der Investitionsplanung zugestimmt hätte, wenn der Kompromiss aus dem Haushaltsausschuss bestand gehabt hätte: Die Turnhalle in Altglienicke wird

vorgezogen, Mittel die nicht zweckgemäß verwendet werden können, fließen automatisch in ein zusätzliches Schulgebäude in Johannisthal. Eure Zählgemeinschaft hat dies jedoch in der BVV aufgekündigt und beschlossen, dass das Bezirksamt bis 250.000 Euro machen kann, was es will und sonst nur um Erlaubnis fragen muss. Aber wenn Ihr schreibt, dass DIE LINKE den Ergänzungsbau für die Hans-Grade-Schule zulasten der Turnhalle des Anne-Frank-Gymnasiums forcieren wollte, ist das schlicht gelogen. Die Vorlage, in der dies so stand, wurde vom Bezirksamt erstellt und zwar vom damals für Schule zuständigen Bezirksstadtrat Rainer Hölmer (SPD) und Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD).

Vielmehr hat DIE LINKE, das verschweigt Ihr dann einfach nur wieder, bereits im Schulausschuss und dann auch im Haus-

haltsausschuss, dort mit einem Finanzierungsvorschlag untersetzt, gefordert, dass Schulgebäude und Turnhalle gleichzeitig und zwar zügig realisiert werden: Denn in der Investitionsplanung steht die Anbindung einer Brücke in Schöneweide, die wir nebenbei gesagt zwar für überflüssig und schädlich halten, weil sie der Entlastung der Wilhelminenhofstraße zuwiderläuft, aber die, wenn überhaupt, vor 2015 sowieso nicht gebaut wird. Dieses Geld hätte zunächst für die in Rede stehenden Schulbauten verwendet werden können.

Vielleicht bleibt Ihr das nächste Mal näher an der Wahrheit, dann wirken Beschimpfungen wie „unwürdiges Verhalten“ und „gemeinsame Ablehnungsfront mit der NPD“ auch nicht ganz so lächerlich.

Beste Grüße,
Euer Philipp Wohlfeil



Hunderte Anwohner zog es zum vietnamesischen Neujahrsfest in die Plönzeile

Valentina und Huong beraten und helfen

Interkulturelle Öffnung durch Projekt DIALOG

„Kommt ihr mit den Vietnamesen überhaupt klar?“, wurde Valentina Böhm vor Jahren einmal gefragt. Damals wurde in der kleinen Küche von DIALOG in Obereschöneweide abwechselnd russisch oder vietnamesisch gekocht. Heute sind die Kochkurse so beliebt, dass es vis à vis im KIEZKLUB KES die Interkulturelle Kochstube gibt. Von Anfang an wurden die aus Sibirien stammende Valentina Böhm und Thi Nguyet Huong Vu aus Hanoi ein Team. Beide Ansprechpartnerinnen bei DIALOG in der Plönzeile 4 sind eng vertraut mit den Problemen und Schwierigkeiten ihrer Landsleute bei der Integration in Deutschland. Das sind bei den Aussiedlerfamilien andere als bei Vietnamesen, die bereits Bleiberecht haben oder noch darum kämpfen.

Valentina Böhm, die in Russland als Buchhalterin tätig war, kam 1992 mit Mann, Tochter Lena und dem Vater nach Berlin. Der heute Achtzigjährige war 1941 unter Stalin nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion als Sohn einer wolgadeutschen Bauernfamilie mit seinen Eltern nach Sibirien deportiert worden. Vor zwanzig Jahren in Deutschland angekommen, war Staatsbürgerschaft nicht das Problem. Es war anfänglich das Fremdsein in der neuen Heimat, die Sprache, misstrauische Nachbarn. Noch heute spricht Valentina von der Sehnsucht nach zurückgelassenen Verwandten und Freunden und denkt an trüben Wintertagen an die

strahlende Sonne in der fernen Heimat, die selbst bei sibirischer Kälte die Tage erhellt. Wir Spätaussiedler halten auch hier sehr zusammen, erzählt sie. Die Kinder haben sich schnell eingelebt und Arbeit gefunden. Für die Älteren, nun Senioren, organisiert sie in Zusammenarbeit mit dem Kiezklub Veranstaltungen. Dabei geht es immer um Zusammenkünfte mit Leuten aus der Nachbarschaft, seien es Deutsche oder Menschen mit Migrationshintergrund. Am 8. März oder zu besonderen Anlässen wie dem Tet-Fest wird gemeinsam gefeiert. Zum diesjährigen vietnamesischen Neujahrsfest zog es über 250 Menschen in die Alte Turnhalle in der Plönzeile, wo an den langen Tischen vietnamesisch, deutsch oder russisch gesprochen wurde. Auch beim Kochen oder im Handarbeitskurs ist die angestrebte interkulturelle Öffnung längst gelungen.

Mitte 2012 lebten über 19.300 Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer im Bezirk Treptow-Köpenick, darunter fast 2.000 Vietnamesen, wobei die hier geborenen Kinder automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die zierliche Thi Nguyet Huong Vu, die alle als Frau Huong ansprechen, ihrem eigentlichen Vornamen, arbeitet fast 20 Jahre als Beraterin beim Projekt DIALOG. Ihre Eltern waren einfache Arbeiter, als Kind hat sie Armut und den Vietnamkrieg erlebt, und sie ergänzt mit Stolz, dass sie als sehr gute Schülerin 1983 zum Stu-

dium in die DDR an die Bergakademie Freiberg delegiert wurde – „damals das größte Geschenk für meine Familie“. Nach Studium und Arbeit im Glaswerk Freital siedelte sie mit ihrem vietnamesischen Ehemann nach Berlin über.

Nach der Wende standen auch die vielen ehemaligen Vertragsarbeiter trotz guter Schul- und Berufsausbildung ohne Existenzgrundlage da. Frau Huong, selbst arbeitslos, wurde bei DIALOG Beraterin für ihre Landsleute. Das von Helga Henkel geleitete Projekt war 1991 von der abw (Arbeit, Bildung, Wohnen) gGmbH gegründet worden und ist nach wie vor der einzige Anlaufpunkt für Hilfe suchende Vietnamesen.

Kinder im Konflikt

Die größten Probleme haben vietnamesische Familien jetzt mit ihren Kindern. Frau Huong, selbst Mutter von zwei Töchtern – 19 und 15 Jahre alt – leidet mit, wenn Mütter bei ihr in der Beratungsstelle weinen und Väter nicht verstehen, warum ihre Kinder so undankbar sind. Sie unterscheidet zwei Problem-



Foto: Marina Borkenhagen

Vize-Bürgermeisterin Ines Feierabend war Ehrengast des Tet-Festes

gruppen. Bei den ehemaligen Vertragsarbeitern, von denen sie noch etwa 30 Familien betreut, ist es die Pubertät der Jugendlichen, ihr Konflikt der beiden Kulturen und der Generationen. Sie rebellieren. Die Eltern, zu allen Opfern bereit, verstehen das nicht, sind daran krank geworden, viele in psychischer Behandlung. Die zweite große Gruppe, die Frau Huong derzeit viel größere Sorgen bereitet, sind die ehemaligen Asylbewerber und die zum Teil illegal nach Deutschland gelangten Vietnamesen – Frau Huong bezeichnet sie als die „Verlierer der Marktwirtschaft in Vietnam“. Sie stam-

men aus armen Familien, sagt sie, besitzen kaum einen Schulabschluss und wollen auf alle Fälle hier bleiben. Viele junge Vietnamesinnen sind alleinerziehend. Mit der Geburt werden die Kinder automatisch Deutsche und die Mütter erwerben das Bleiberecht.

Alle Eltern stehen unter dem großen Druck, die Familien in der Heimat finanziell zu unterstützen. Viele versuchen es mit mehreren Jobs, waren noch nie in Urlaub, kennen nicht einmal Deutschland und haben ein schlechtes Gewissen, wenn sie ihre Kinder vernachlässigen. Da sie meist unauffällig und bescheiden leben, erfahren sie von Deutschen Sympathie, erleben aber auch diskriminierende Ausgrenzung. Zunehmend erfährt Frau Huong nun von Lehrern der Grundschule in der Nähe, welche Schwierigkeiten es dort gibt. Gemeinsam mit der Schule hat sie für vietnamesische Schüler zusätzliche Kurse in ihrer Muttersprache organisiert, weil deren Eltern kaum deutsch sprechen. Die Beratung erstreckt sich deshalb meist von Problemen der Bildung bis zu Erziehung und Ernährung.

Im Büro bei Frau Huong steht ein riesiges Regal mit vietnamesischen Büchern, die sie gern an Kinder und Eltern ausleiht. Traditionell kümmern sich Vietnamesen sehr um ihre Kinder, betont sie ausdrücklich, aber „kümmern heißt nicht, alles richtig zu machen“. Den Eltern fallen die offiziellen Deutsch-Kurse schwer und sie haben wenig Erfolg. Wegen der vielen Sorgen ist ihr Kopf nicht frei, erklärt sie verständnisvoll.

Um ihre anspruchsvolle Arbeit bei DIALOG, die vom Bezirksamt sehr unterstützt wird, noch effektiver zu gestalten, hat Frau Huong im vergangenen Jahr noch ein vierjähriges berufsbegleitendes Studium an der Katholischen Hochschule für Sozialarbeit abgeschlossen. Das habe für ihre Töchter eine gewisse Vorbildfunktion gehabt, vermutet sie. Auch die Kinder hätten sich angestrengt und die Große habe ihr Abitur mit Sehr Gut bestanden, studiere jetzt Pharmazie.

Da Integration ein langer Prozess ist, der mehr als Beratung erfordert und die Probleme mit den hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund noch



Foto: Helga Pett

Huong Vu und Valentina Böhm freuen sich mit den Gästen

lange nicht gelöst sind, wurde im vorigen Jahr im Bezirk ein Fachausschuss für Integration ins Leben gerufen. Valentina und Huong gehören ihm an.

■ ■ Helga Pett

Senat will Kleingärten abreißen

Langfristig sollen die Gärten dem Wohnungsneubau weichen

In Treptow-Köpenick plant der Senat Wohnungsneubauten auf Kleingartenflächen, dies teilte das Bezirksamt auf Anfrage des Bezirksverordneten Tino Oestreich (DIE LINKE) mit.

In der Dahmestadt sollen an der Dahme, am Marienhain, an der Regattastraße und am Funkwerk Köpenick insgesamt bis zu 2.450 Wohneinheiten entstehen. Die 1.520 Wohnungen, die im Zentrum Köpenicks geplant sind, entstehen nach den Plänen des Amtes im Umfeld der Altstadt, an der Friedrichshagener und Mahlsdorfer Straße. Während in Johannisthal / Adlershof vor allem studentisches Wohnen im Umfeld des Campus geplant sei, sind am Bhf. Plänterwald / Baumschulenweg die dortigen Kleingärten als Baufläche vorgesehen. Konkrete Planungen bestünden jedoch seitens des Bezirkes noch nicht. Die betroffenen Kleingartenanlagen an der Kieffholzstraße, an der S-Bahntrasse sowie nördlich des S-Bahnhofs Plänterwald, seien jedoch erst langfristig, ab 2020 für eine neue Bebauung vorgesehen.

Das Bezirksamt führt weiter aus, dass es zugunsten der Kleingärten jedoch zu-

nächst andere Flächen entwickeln möchte. Gegenüber dem Senat wolle man für die prinzipielle Erhaltung aller Kleingartenflächen eintreten und gleichzeitig den Dialog mit Kleingartenvertretern im Bezirk pflegen.

„Maßnahmen, die zu einer Entspannung des Wohnungsmarkts führen und somit zu bezahlbaren Mieten, sind grundsätzlich zu begrüßen“, führt Oestreich aus. Kleingärten böten für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen aber einen wichtigen Erholungswert und machen auch den Charme der Stadt aus, so der Einreicher der Anfrage. Vielmehr sollten dem Wohnungsmarkt durch Einzelhandel und Verkehrsprojekte nicht unnötig Flächen entzogen werden.

„Auch aus ökologischer Sicht sind Kleingärten erhaltenswert, da sie auch zu einem besseren Stadtklima beitragen“, ergänzt die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, Marina Borkenhagen. Man müsse nun endlich landesweit zu einer dauerhaften Sicherung der Schrebergärten kommen, statt die Schutzfristen immer wieder zu verschieben, so Borkenhagen abschließend.

kurz notiert

► Allende-Denkmal restaurieren

DIE LINKE setzt sich für die Restaurierung des Allende-Denkmal ein. In einem Antrag wird das Bezirksamt aufgefordert, das Denkmal für den demokratisch gewählten chilenischen Präsidenten Dr. Salvador Allende Gossens, der im Zuge eines rechtsgerichteten Militärputsches gestürzt wurde, aus Anlass seines 40. Todestages zu restaurieren und neu mit dem Namen zu beschriften.

In schlechtem Zustand befindet sich das Denkmal-Ensemble für Salvador Allende vor der Emmy-Nöther-Schule in Köpenick. Die Farbe blättert von den drei Fahnenmasten im Hintergrund und die Beschriftung des Denkmals fehlt, so dass eine Zuordnung der Büste auf dem Steinsockel bisweilen schwer fällt. „Der vierzigste Todestag von Allende naht und es wäre schön, zu diesem Anlass das restaurierte Denkmal zu erhalten“, erklärt Freya Ojeda, fachpolitische Sprecherin der Fraktion für Kultur. Allende habe schließlich auch eine große Bedeutung für das umliegende, nach ihm benannte Viertel, so Ojeda. Auch die unabhängige Kommission „Kunst im öffentlichen Raum“ befürwortet ausdrücklich eine Restaurierung.

Gysi meint...



Nachtflugverbot: Berlin muss Brandenburg folgen

Die Entscheidung der rot-roten Koalition in Brandenburg, das Volksbegehren für ein konsequentes Nachtflugverbot anzunehmen, ist ein großer Erfolg für DIE LINKE, denn sie konnte sich in Verhandlungen mit ihrem sozialdemokratischen Koalitionspartner durchsetzen.

Nun ist der Senat von Berlin (SPD und CDU) gefordert, sich dem Votum einer Ausweitung des Nachtflugverbots anzuschließen und in der Gesellschafterversammlung auch den Bund davon zu überzeugen. Das wäre auch im Interesse vieler Berlinerinnen und Berliner, die das im vergangenen Herbst mit ihrer Volksinitiative mit über 160.000 Unterschriften zum Ausdruck gebracht haben. Einen Neustart am Flughafen Berlin/Brandenburg (BER) wird es nur geben können, wenn nicht nur die zahlreichen Mängel beim Bau behoben und die Brandschutzbestimmungen eingehalten werden, sondern der BER auch von den Bürgerinnen und Bürgern in der Region angenommen und akzeptiert wird. Bestandteile zur Erhöhung der Akzeptanz sind effektive Lärmschutzmaßnahmen, ein Nachtflugverbot und ein Dialog mit den Betroffenen. Das gilt eben nicht nur für Brandenburg, sondern auch für die betroffenen Bezirke Treptow-Köpenick und Steglitz-Zehlendorf. Statt die Brandenburger Landesregierung zu beschimpfen und ihr vorzuwerfen, sich „vom Acker gemacht“ zu haben, sollte der Regierende Bürgermeister Wowereit endlich die Interessen der betroffenen Berlinerinnen und Berliner ernst nehmen.

Das gilt übrigens in gleichem Maße für die Bürgerinnen und Bürger in Pankow, Reinickendorf und Spandau, die die derzeit Hauptleidtragenden durch die Ausweitung der Kapazitäten des Flughafens Tegel sind. Die Verzögerungen der Eröffnung des BER gehen voll auf ihre Kosten. Daher hat selbstverständlich die Einhaltung der Nachtruhe auch am Flughafen Tegel zu gelten.

Mieterberatung zu Heizkosten

Die Meisten schauen Nebenkosten-Abrechnung gar nicht an

Das Problem der zahlreichen fehlerhaften Betriebskostenabrechnungen und die Schwierigkeiten mit deren Überprüfung standen im Mittelpunkt einer Beratung, zu der die Fraktion DIE LINKE und die AG Mieten und Wohnen im Februar ins Köpenicker Rathaus eingeladen hatten.

Vom Energieberater Dipl. Ing. Kleemann wurden die Anwesenden in die Problematik der Heizkostenabrechnung, deren Überprüfbarkeit und Herausfinden von Abrechnungsfehlern eingeweiht. Kleemann verwies auch auf die Notwendigkeit der Politik, für Verbindlichkeiten zu sorgen, um missbräuchliche und fehlerhafte Betriebs- und Heizkostenabrechnungen zu unterbinden. Viele Nachfragen bestätigten die Schwierigkeiten der Überprüfbarkeit der Abrechnungen, aber auch einen Mangel an Kenntnis der gesetzlichen Vorschriften. Kleemann unterstrich, dass die Heizkostenverordnung auf dem Grundgesetz basiert. Grundlage ist der Mietvertrag. Die Verantwortung für die Heizkostenabrechnung liegt beim Gebäudeeigentümer und nicht bei der beauftragten Ableser-Abrechnungsfirma. Widersprüche sind immer an den Vermieter zu richten! Die Heizkostenabrechnung muss auch für den Laien überschaubar und überprüfbar sein!

Er veranschaulichte an konkreten Beispielen von Heizkostenabrechnungen, worauf zu achten ist, welche Kosten umlagefähig

sind und welche Fehler auftreten können. Darüber hinaus gab er Hinweise zu technischen Fragen, zu Messgeräten aber auch Allgemeines zum Heizverhalten bei An- und Abwesenheit, zum richtigen Lüften, zur Energieeinsparung durch sachgerechtes Heizverhalten – um nur einige Beispiele des Abends zu nennen.

Wer weiß schon, dass 3 Minuten Querlüftung einem Lüften von 60 bis 90 Minuten bei Kippstellung der Fenster entspricht, dass durch die Stellung des Schwenkwasserhahnes auf kalt monatlich ca 20 Cent pro m² Wohnfläche an Energie eingespart wird? Erstaunlich für manche war auch die Feststellung, dass die Mehrzahl der Mieter sich ihre Heizkostenabrechnung gar nicht anschauen oder auf Ungereimtheiten kontrollieren und auch nicht beim Eigentümer nachfragen und die Klärung verlangen. Einen Beitrag, dies zu ändern und die Mieter zu ermutigen, ihre Heizkostenabrechnung kritisch zu betrachten, sollte diese Veranstaltung leisten.

■ ■ **Monika Brännström**

Die Verbraucherzentrale berät auch in unserem Bezirk Bürger zur Heizkostenabrechnung: Jeden zweiten und vierten Mittwoch von 15–18 Uhr in 12557 Berlin, Rudowerstr. 51. Kostenfreie Anmeldung unter Tel.: 0800 809802400 erforderlich. Für die Beratung ist ein Kostenbeitrag von 5 Euro zu zahlen.

▶ Mit Ponys durch den Landschaftspark

Teilnehmer des Reitprojekts auf dem Abenteuerspielplatz "WASLALA" in Berlin Altglienicke sollen künftig mit ihren Pferden auch den Landschaftspark Rudow-Altglienicke passieren können, fordert die Fraktion DIE LINKE.

Auf dem Abenteuerspielplatz WASALA gibt es ein Reitprojekt, das sich an Kinder mit einem speziellen Förderbedarf richtet. Das heilpädagogische Reiten soll Verbesserungen in Bereichen wie Motorik, Soziales Lernen und Emotional/Geistiger Bereich bewirken. Zu diesem Zweck werden mit Kindern und Ponys die nahegelegenen Reitwege aufgesucht. Die Ausreitgebiete sind jedoch teilweise schwer zu erreichen, auf einigen Zuwegen gilt Reitverbot. "Da das bisherige Gelände durch Autobahn und Gestaltung der

Kreuzungsbereiche nicht mehr sicher zu erreichen ist, soll der Reitweg am nahegelegenen Landschaftspark genutzt werden. Der ist einfacher zu erreichen", erklärt Tino Oestreich, Antragsteller aus der Fraktion DIE LINKE. Um den Reitweg jedoch zu erreichen, müsse jedoch ein langer Weg durch den Landschaftspark zu Fuß zurückgelegt werden, da hier Reiten verboten sei. Oestreich spricht sich daher dafür aus, die Querung des Parks auch auf dem Pony zu ermöglichen. Die Wege würden nicht zusätzlich geschädigt oder verschmutzt, wenn auf den Ponys noch Kinder säßen.

Sprechstunde Gregor Gysi

Die nächste Sprechstunde von Gregor findet am 26.3. von 13 – 18 Uhr im Bürgerbüro, Brückenstraße 28 statt. **Anmeldungen unter (030) 63224357.**

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

Basistreffen

Mo 08.4. | 17:00 Allendeweg 1

Beratungen des Bezirksvorstandes

Di 19.3. | 18:30 Allendeweg 1

Di 02.4. | 18:30 Brückenstraße 28

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. **Vielen Dank.**

Empfänger: DIE LINKE Berlin **Konto:** 525 60 78 03

BLZ: 100 708 48 Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810
oder direkt in beiden Geschäftstellen.
Vielen Dank

KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792

E-Mail: bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,

Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

Kassenzeiten:

Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 532 89 22

Öffnungs- und Kassenzeiten:

Donnerstags von 13.30 bis 17.00 Uhr

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon / Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 902 97 41 61

mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57,

Fax (030) 63 22 43 58

gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

im März zum

93. Irmgard Weber
92. Walter Schindler
91. Marianne Hentschel, Fritz Haberland
90. Ingeborg Schauer, Lieselotte Watzke
85. Brigitte Brode, Ingeborg Konieczny, Anneliese Langner, Hilde Raus, Ruth Schneider

80. Waltraud Kahlenbach, Ursula Land, Ingeborg Pilz, Karla Schwuchow, Ursula Struck, Magdalena Zinger, Manfred Buhlke, Karl-Heinz Müller, Horst Nerlich, Werner Schober
75. Anne-Kathrein Petereit, Ellen Martens, Dietmar Hanke
70. Silvia Grenz und nachträglich zum
80. Karl-Heinz Tunger

kurz notiert

► Piktogramme zur Barriersituation

Das Bezirksamt soll künftig alle Veröffentlichungen, die durch die Abteilungen des Bezirksamtes unterstützt oder initiiert werden, mit Aussagen zur Barriersituation (Piktogramme) untersetzen, forderte die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag an die BVV. „Inklusion bedeutet, die Vielfältigkeit der Menschen als normale Gegebenheit anzuerkennen und das Handeln daran auszurichten“, begründet Dr. Monika Brännström, fachpolitische Sprecherin der Fraktion für Gesundheit den Antrag. Um diesen Gedanken besser in die Tat umzusetzen, sei es notwendig, auch die Barriersituation bei Zugängen regelmäßig zu berücksichtigen. In bezirklichen Veröffentlichungen und Broschüren solle deshalb mit Piktogrammen deutlich gemacht werden, welche möglichen Barrieren vor Ort zu erwarten seien.

► Rechtswidrige Baumfällungen

Auf einem Grundstück am Korkedamm wurden im vergangenen Jahr im Zuge der dortigen Bauvorhaben mehrere Fällungen von Bäumen vorgenommen, sowie Sträucher und Unterholz entfernt. Anwohnerinnen und Anwohner berichteten, etliche Tiere, etwa der gefährdete Kuckuck, seien durch die Rodungen vertrieben worden (das blättchen berichtete). In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der fachpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Marina Borkenhagen, berichtet das Bezirksamt nun über den Vorgang. Insgesamt seien 14 geschützte Bäume ohne die erforderliche behördliche Genehmigung gefällt worden, schreibt das Amt. Darunter seien die Arten Robinie und Pappel gewesen. Ein weiterer Baum sei dabei so schwer beschädigt worden, dass ein Totalschaden festgestellt wor-

Einladung zur Hauptversammlung

der LINKEN Treptow-Köpenick
Samstag, 16. März, 10 Uhr
Ratz Fatz, Schnellerstraße 81,
Niederschöneweide

Nachwahl der Wahlkreisverantwortlichen WK 4
Wahlkampf Vorbereitung,
Auftritt zur Debatte des Wahlprogramms mit Dietmar Bartsch,
stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Bundestag

den sei. Gegen die vermutlich Verantwortlichen, den Betreiber der Bebauung und die ausführende Firma seien Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet worden, so der zuständige Stadtrat Hölmer. Die tatsächliche Verantwortung werde durch eine Gerichtsentscheidung geklärt, der Fall sei an die Anwaltschaft Berlin abgegeben. „Der angerichtete Schaden ist an dem Ort kaum wieder zu beheben“, konstatiert Borkenhagen und weiter: „Die Verletzungen von Flora und Fauna sind eingetreten und werden sich auch durch die gesetzlich geforderten Ersatzpflanzungen oder gar Ausgleichszahlungen, wenn überhaupt, nur schwer wieder reparieren lassen“. Anwohnerinnen und Anwohner zeigten sich indes zufrieden, dass das Amt inzwischen zur Aufklärung der Vorfälle tätig geworden sei.


BERLINER ENERGIETISCH

50.000 Unterschriften möchte die LINKE. Berlin zum Erfolg des Volksbegehrens »Neue Energie für Berlin« beitragen. Die ersten 2.000 übergaben Gregor Gysi und Klaus Lederer vor dem Landesparteitag der LINKEN an den Berliner Energietisch.



Matthi Lerch und Benno Kiefer-Lerch bei der Eröffnung

Beeindruckende Ausstellung eröffnet

Mit vielfältigen Werken von Matthias Lerch wurde am 17. Februar die aktuelle Ausstellung in Schmetterlingshorst eröffnet. Bereits bei der gemeinsamen Ausstellung von Benno Kiefer-Lerch mit sei-

nem Sohn Matthias Lerch vor drei Jahren in Schmetterlingshorst deutete sich an, dass sich auch sein Sohn zu einem begabten Künstler entwickelt. Mit dieser Solo-Ausstellung präsentiert „Matthi“

Lerch nun ein entwickeltes eigenes Profil. Zahlreiche Bilder und Installationen stehen für eine mutige und experimentelle Kunst. Zugleich zeigen viele Bilder, Portraits und Skulpturen die enge Verbundenheit des Künstlers mit Schmetterlingshorst und seiner Umgebung. Bei vielen Bildern ließ sich der Künstler von der Musik von Pink Floyd inspirieren. Bei der Vernissage konnten die Besucher diese Klänge auch genießen – in Einklang mit der Ausstellung – und anschließend natürlich mit Kaffee und Kuchen.

Am Rande der Vernissage wurde der ehemaligen Mitarbeiterin Anja Krauseneck gedacht, die bei einem tragischen Unfall im vergangenen Jahr ihr Leben ließ.

■ ■ Wolfgang Dürr

Die Ausstellung ist bis 1. April jeweils Di bis Fr von 11 bis 16 Uhr, Sa/So von 11 bis 17 Uhr geöffnet.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 7

DO 7.3. 18.00 Uhr Gerd Lüdersdorf spricht über den Kapp-Putsch und die Rolle von Alexander Futran bis hin zu dessen Ermordung. Gaststätte „Zum Hauptmann von Köpenick“, Oberspreestraße 148

Sa 9.3. 10:30 Uhr Veranstaltung zum Internationalen Frauentag:

„Buenos dias, du Schöne“ Frauen in der südamerikanischen Literatur. Eine Lesung mit Live-Musik.

Um ihre Freude am Leben, ihre starken Gefühle, Wut, Trauer, Leidenschaft, um ihre Art zu lieben und vor allen um sie, die starken Frauen, die Latinas, geht es in dieser Lesung mit Musik aus den Anden, vorgestellt von Elke Bitterhof, José Miguel Márquez und David Sandoval. Alte Schule, Adlershof, Dörpfeldstraße. Einlass ab 10:00 Uhr

SA 9.3. 11–16 Uhr Regionalkonferenz Ost, für Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, in Berlin, IG Metall, Alte Jacobstraße 149

MO 11.3. 15.00 Uhr Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE in der Geschäftsstelle Brückenstr. THEMA: Debatte zum Entwurf des WAHLPROGRAMMS der LINKEN und Erfahrungen in der Wahlbewegung. Gäste sind wie immer herzlich willkommen

SA 16.3. 10.30 Uhr Gewerkschaftspolitische Konferenz: Solidarität und

Gegenwehr, Strategien gegen Leiharbeit, Spaltung und Privatisierung, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1

SA 16.3. 15–20 Uhr Auswirkungen des EU-Fiskalpakts – Krisenbewältigung nicht durch Sozialabbau! HTW Berlin – Campus Treskowallee 8 (U5 Bahnhof Tierpark, S3)

SO 17.3. 11.00 Uhr Sonntagsmatinee. Gregor Gysi im Gespräch mit Jaecki Schwarz im Stadttheater Cöpenick, Friedrichshagener Straße 9, 12555 Berlin. Kartenverkauf unter der Telefonnummer: 650 162 34

MI 20.3. 18:00 Uhr Gedenken an Maria Jankowski, Maria-Jankowski-Park, Bahnhofstraße / Ecke Lindenstraße

MI 20.3. 18:00 Uhr „Rebel Girls“ – 32 amerikanische Frauen im Porträt von Victor Grossman, BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstraße 275

DO 21.3. 18:00 Uhr 130 Jahre Straßenbahn in Berlin und 110 Jahre Straßenbahn in Köpenick. Gaststätte „Zum Hauptmann von Köpenick“, Oberspreestraße 148

DI 26.3. 16:00 Uhr AG Frauenpolitik, Alledweg 1

DO 04.4. 10–15 Uhr „Seniorenpolitik in der EU“ Eine Veranstaltung von DIE LINKE im Europaparlament und der BAG Senioren, im Münzenberg-Saal im ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1

DO 4.4. 19.30 Uhr Veranstaltung zum 100. Geburtstag von Stefan Heym. In Anwesenheit von Inge Heym liest Carmen-Maja Antoni, musikalisch begleitet von Peter Gotthardt. Stefan-Heym-Bibliothek Adlershof.

SA 6.4. 10.30 Uhr Polit. Frühschoppen der LINKEN Spindlersfeld, Gaststätte „Zum Hauptmann von Köpenick“, Oberspreestraße 148

DO 11.4. 18 Uhr Veranstaltung zum 100. Geburtstag Stefan Heym im Bürgerhaus Grünau



Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: petra.reichardt@die-linke-berlin.de